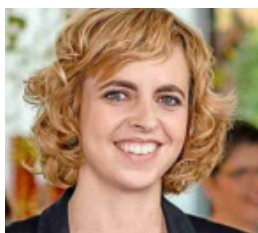


Schweiz: Basel diskutiert über Verbot von Konversionstherapien

Die SP will Schwulentherapien im Baselbiet verbieten.



Miriam Locher

Der Shitstorm war riesig, als die Baselbieter EVP-Politikerin Elisabeth Augstburger im Herbst 2019 mitten im Ständeratswahlkampf ihre Sympathie für Konversionstherapien bekundete. Eine Therapie könne helfen, sofern die Betroffenen das auch wollten, sagte sie. Boom – die Bombe war explodiert, die ganze Schweiz empört.

Konversionstherapien oder auch Reorientierungstherapien sind Umpolungs- oder Bekehrungsversuche, die vor allem im freikirchlichen Umfeld stattfinden. Dort vertritt man die Haltung, dass jeder sich seine sexuelle Orientierung selbst aussuchen könne, Homosexualität frei wählbar und daher heilbar sei. Schwule und Lesben gelten in diesen Kreisen als Sünder, die man zu ihrem Besten vom falschen Weg abbringen muss.

In Genf soll nun Schluss sein mit solchen Behandlungen, die darauf abzielen, die sexuelle Orientierung oder die Geschlechtsidentität eines Menschen zu ändern. Das Kantonsparlament hiesseinen entsprechenden Vorstoss gut. Die Regierung hat nun sechs Monate Zeit, um die Forderungen der Motion zu beantworten.

In Deutschland haben Bundestag und Bundesrat vor einem Jahr ein Verbot von Konversionstherapien an Minderjährigen sowie Erwachsenen, deren Einwilligung auf einem Willensmangel beruht, beschlossen. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn sprach damals von einem «wichtigen gesellschaftlichen Zeichen an alle, die mit ihrer Homosexualität hadern».

Für die Baselbieter SP-Präsidentin und Landrätin Miriam Locher sind die Neuigkeiten aus Genf besonders gut. Sie hatte sich bereits im Frühling 2019 mit dem Thema beschäftigt und dazu eine Interpellation im Landrat eingereicht, in der sie unter anderem nach der Möglichkeit eines Verbots fragte. Die Regierung verurteilte in ihrer Antwort zwar die Therapien. Gleichzeitig verwies sie aber an den Bundesrat, der ein Verbot ablehnt, wie er in einer Antwort auf eine Motion festhielt, da auf Bundesebene keine bereichsspezifischen Gesetzgebungen bestünden, in die ein entsprechendes Verbot integriert werden könnte.

SP-Grossrätin Michela Seggiani reichte in Basel-Stadt ebenfalls eine Interpellation zum Thema ein. Die Basler Regierung versprach, sich in Bern für ein Verbot einzusetzen. Nach dem Genfer Entscheid sieht Locher nun aber keine Hürden mehr. In einer Motion, die sie demnächst einreichen wird, fordert sie, dass auch in Baselland die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden, um Konversionstherapien sowohl von Erwachsenen als auch von Minderjährigen verbieten zu können.

Nicht nur linkes Anliegen

Die Kenntnis über entsprechende öffentlich gewordene Fälle halte sich wohl auch deshalb in Grenzen, weil ein mögliches Outing eine gesellschaftliche Stigmatisierung zur Folge haben könnte und diese nicht auf den Schutz der Gesellschaft hoffen könnten, sagt Locher. Dank offizieller Grundlagen hätten Betroffene aber vermutlich weniger Hemmungen, sich Hilfe zu holen. «Homosexualität ist keine Krankheit und nicht therapiebedürftig. Es braucht deshalb eine klare Grenze einschliesslich strafrechtlicher Konsequenzen.»

Die SP-Präsidentin weist zudem auf die spezielle Rolle hin, die Baselland als Grenzkanton zukomme: Weil in Deutschland Konversionstherapien verboten würden, gebe es bereits jetzt einzelne Organisationen, die in die Schweiz umsiedelten.

Für ihre Motion hat Locher auch Unterstützung aus dem bürgerlichen Lager zugesichert erhalten. Das Verbot von Konversionstherapien sei schliesslich nicht nur ein linkes Anliegen, sagt sie. Es gehe alle an. Der Kampf gegen Homophobie sollte keine Parteigrenzen kennen.

Basler Zeitung / 10.3.2021